

Forderungskatalog des Jungen Wirtschaftsrates

Smart Regulation – Intelligente Gesetzgebung und Regulierung im Zeitalter der Digitalisierung

Einleitung

Der digitale Wandel erfasst alle Bereiche unserer Gesellschaft und führt bereits jetzt zu signifikanten Veränderungen in ganzen Branchen oder dem Verhalten der Bürger. Mit den Änderungen, die die meisten Bürger bei der Arbeit und im privaten Umfeld unmittelbar erleben, verändert sich auch die Wahrnehmung und Erwartungshaltung gegenüber dem Staat und seiner Politik. Vor allem die jüngere Generation ist es mittlerweile gewohnt, alles kurzfristig und einfach zur Verfügung zu haben. Angefangen von Wissen bis hin zur Produktbestellung. Die Unternehmen müssen sich darauf einstellen und in kurzen Innovationszyklen immer wieder die Grenzen des Möglichen ausloten.

Dem gegenüber steht die Politik mit ihrem administrativen Anspruch einer bürokratischen Grundordnung und zum Teil über Jahrzehnte gewachsenen Regularien. Die Entscheidungsfindung ist oftmals äußerst langwierig und versucht alle noch so unwahrscheinlichen Probleme und diverse Interessen zu antizipieren bzw. einzubinden. Die Fürsorge des Staats für seine Bürger mündet mittlerweile sehr oft in einer überbordenden Regulierung, die den Verbraucher vor irgendetwas schützen will. Das Problem hierbei ist, dass dieses „irgendetwas“ oftmals gar nicht genau bestimmt werden kann.

Der Junge Wirtschaftsrat sieht diese Entwicklung für Bürger und Unternehmen äußerst kritisch und fordert grundsätzlich wieder mehr Eigenverantwortung und Handlungsspielraum. Der Staat sollte Rahmenbedingungen schaffen, in denen Unternehmertum belohnt und Missbrauch bestraft wird, ohne jede einzelne Kleinigkeit im Detail vorzugeben. Unser Ziel ist ein wettbewerbsfähiges Deutschland in einer digitalen Welt, mit weniger Bürokratie, vielen kreativen Kräften und einer schnellen Umsetzung von Projekten.

Dazu haben wir sechs Maßnahmenpakete entwickelt, die kurz-, mittel- und langfristig umgesetzt werden können.

Kurzfristige Maßnahmen

1. Schaffung von Freiräumen und Experimentierfeldern

Viele Unternehmen und ganze Branchen leiden darunter, dass sie bei Innovationen aufgrund fehlender rechtlicher Grundlagen, mangelndem Verständnis seitens der Verwaltung oder

langwierigen gesetzlichen Verfahren ausgebremst werden. Dies führte in der Vergangenheit oftmals dazu, dass diese Unternehmen ihre Innovationen in anderen Ländern platzieren und Deutschland abgehängt wurde. Politik muss Sorgen in Bezug auf Innovationen ernst nehmen. Das darf aber nicht dazu führen, dass in jedem Fall Sicherheitsbedenken über allem stehen. Ebenso wie großartige Versprechungen seitens der Unternehmen kritisch hinterfragt werden sollten, bedarf es einer Relativierung von Panikmache seitens einiger Interessensvertretungen (z.B. Feuer aus dem Wasserhahn aufgrund von Fracking). Entscheidungsgrundlage können nur sachliche Erkenntnisse sein, die wiederum durch Experimente im sicheren Raum gefunden werden können. Wir fordern daher:

- Die einfache Möglichkeit, klar definierte Experimentierfelder zu schaffen. Diese Freiräume sollten sehr schnell geschaffen und nur mit äußerst hohen Hürden zu verhindern sein. Die zeitliche Befristung und räumliche Begrenzung solcher Freiräume macht den experimentellen Charakter deutlich.
- Keine Regulierung in den Freiräumen, dafür Einbindung von Sachverständigen, die die Umsetzung der Innovation von Anfang an begleiten und frühzeitig Vorschläge für eine smarte Regulierung erarbeiten. Die Erkenntnisse sollen genutzt werden, um frühzeitig Überzeugungsarbeit im Sinne der Sache zu leisten und damit die Regulierung von Anfang an auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen.
- Moratorium für junge Unternehmen, vor allem bei Berichtspflichten und durch Regulierung verursachten bürokratischen Aufwand. Für neue Themen benötigen wir zudem eine Toleranzschwelle, die sich immer am möglichen Schaden der Verbraucher orientiert.

2. Gesetzgebung beschleunigen, Überregulierung verhindern

Ein großes Problem für die Unternehmen sind langwierige Ungewissheiten auf Grund der Verfahren im politischen Prozess sowie Regulierung von Entwicklungen, die noch gar nicht ausgereift sind. Beides führt zu Unsicherheit oder hohem bürokratischen Aufwand. Dabei ist es im Interesse der Unternehmen im Sinne der Co-Regulierung verstärkt auf das Instrument der freiwilligen Selbstkontrolle zu setzen. Wir fordern daher:

- Keine „Vorratsgesetzgebung“ und vorseilende Regulierung bei Innovationen. Erst wenn Innovationen und ihre Funktionsweise verstanden sind, kann eine smarte Regulierung erfolgreich sein und „Falschregulierung“ vermieden werden.
- Regulierung sollte in jedem Fall zeitlich befristet sein. Für neue Regulierung sollte der Grundsatz gelten „1 in – 2 out!“. In Kombination mit der Neugestaltung von Verwaltungsprozessen (nicht nur Digitalisierung bestehender Prozesse!) kann damit ein nachhaltiger Bürokratieabbau möglich werden.
- Über neuartige dialogbasierte Formate sollen Unternehmen und Bürger frühzeitig eingebunden werden. Damit können Verfahren deutlich beschleunigt werden und der Staat würde zusätzlich von der Kompetenz seiner Unternehmen und Bürger profitieren, eine smarte Regulierung zu erzielen („Crowdsourcing“).
- Aufbau eines öffentlich einsehbaren Registers für Gesetzes- und Regulierungsvorhaben, in dem der Stand der Umsetzung erfasst ist. Somit können Interessengruppen frühzeitig Einblick nehmen und auf Fehlentwicklungen aufmerksam machen.

Mittelfristige Maßnahmen

3. REFIT-Programm für den Staat zur Entwicklung smarter Standards

Die Europäische Union hat vor einigen Jahren das „REFIT-Programm“ gestartet, mit dem Ziel, Regulierung auf europäischer Ebene schlanker zu machen und überbordende Beschränkungen zu reduzieren. Mit diesem Programm wird sogar auf bereits bestehende Gesetzgebung eingewirkt. Ein ähnliches Programm sollte es für die Regierungen auf Bundes- und Landesebene ebenfalls geben. Wir fordern daher:

- Konsequente Zusammenfassung der Regulierung von ähnlichen Sachverhalten in einem Gesetz, das ressort- und ebenenübergreifende Gültigkeit besitzt.
- Identifikation überholter oder veralteter Regulierung mit dem Ziel, diese zu löschen. Dazu sollen die Gesetze vor dem Hintergrund neuer technologischer Standards und gesellschaftlicher Entwicklungen modifiziert werden (z. B. in der Arbeitsgesetzgebung).
- Umwandlung von verbindlichen Gesetzen in mehr Selbstregulierungstatabestände. Stärkung der Eigenverantwortung von Verbrauchern und Unternehmen.

4. Forschungsprojekt „KI für eine smarte Gesetzgebung“

Gesetzgebung und Regulierung sollten sich selbst moderne Technologien, wie zum Beispiel strukturierte Datenanalyse oder Einsatz von Künstlicher Intelligenz, zu Nutzen machen, um damit zu Vereinfachungen zu kommen. Mittels moderner Technologien können widersprüchliche Regulierungen und Gesetze auf allen staatlichen Ebenen identifiziert werden und zusätzlich Erkenntnisse für eine Neuregulierung gewonnen werden. Wir fordern daher:

- Ein Forschungsprojekt zur Identifikation von widersprüchlicher, mehrfacher oder nicht mehr aktueller Gesetzgebung und Regulierung mittels strukturierter Datenanalyse unter Einsatz von künstlicher Intelligenz.
- Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen unter Einbeziehung von Regulierungen in anderen Ländern.

Langfristige Perspektive

5. Entflechtung der Finanz- und Zuständigkeitsströme

Die Schlagkräftigkeit der deutschen Politik wird durch nicht mehr nachvollziehbare Zuständigkeits- und Finanzströme erheblich geschwächt. Dies ist nicht im Sinne der geistigen Väter des Föderalismus! Ein moderner Föderalismus versteht sich als Wettbewerb der einzelnen Länder um die richtigen Entscheidungen für eine positive Entwicklung und nicht im gegenseitigen Überbieten von Verhinderungsmaßnahmen. Die entscheidende Schwächung des Föderalismus ist das über Jahrzehnte gewachsene System an unterschiedlichen Zuständigkeiten, kombiniert mit nicht mehr nachvollziehbaren Finanzströmen. Wir fordern daher:

- Reduzierung von zustimmungspflichtigen Gesetzen auf Bundes- und Landesebene sowie mehr Freiraum für die Länder.
- Konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips („wer bestellt, der bezahlt“).

- Entflechtung der finanziellen Verschiebestrukturen. Wer eine Steuer erhebt, kann über die Mittelverwendung entscheiden, muss sich aber auch für ihre Erhebung und Erhöhung vor den Wählern rechtfertigen. Alle weiteren Abhängigkeiten sollten über direkte Zuschüsse oder Förderungen transparent ermöglicht werden, gemäß den damit verbundenen Aufgaben.

6. Planfeststellungsverfahren rechtssicher beschleunigen

Ein großes Hemmnis für moderne Entwicklung sind langfristige Verfahren, vor allem im Bereich der Infrastruktur. Während bei uns ein Planfeststellungsverfahren zum Beispiel für eine Bahnstrecke noch vor Gericht verhandelt wird, fahren in anderen Ländern schon die Züge. Darüber hinaus führen die Sonderwünsche aller Interessensvertretungen in Summe zu immensen Kostensteigerungen und teilweise fragwürdigen Projektentwicklungen (siehe z. B. Untertunnelung der A 44 zum Schutz einer Tierart). Die Interessen der Gemeinschaft müssen konsequent über Einzelinteressen gestellt werden. In einer dynamischen Welt dürfen solche Diskussionen nicht zu einer Verzögerung oder Verhinderung von wichtigen Projekten führen. Wir fordern daher:

- Entwicklung neuer Verfahren vor allem im Baubereich, die eine rechtssichere Planfeststellung in einem klar vorher definierten Zeitraum ermöglicht, ohne dass häppchenweise vorgetragene Einwände die Fertigstellung im vorgegebenen Zeitraum verhindern.
- Projekte von „nationaler Bedeutung“ sollten vom Bundestag definiert werden können. Für diese Projektvorhaben sollen die rechtlichen Möglichkeiten, diese zu verhindern, stark eingeschränkt werden.